



Argumente zu Marktwirtschaft und Politik

Deutschland vor der Wahl: Aus den Programmen der Parteien

Es wird ernst. Deutschland und seine Bürger stehen vor der Wahl – der am 27. September 1998 und, viel umfassender noch, vor der Entscheidung, ob sie sich nunmehr ernsthaft dazu aufraffen wollen, die gewaltigen Probleme zu lösen, in die sich das ganze Land seit Jahrzehnten partiübergreifend hineinmanövriert hat.

Arbeitslosigkeit an der Viermillionengrenze, Sozialsysteme, die trotz stetig steigender Beiträge in ihrer Finanzierung nicht gesichert sind und Steuersätze in Rekordhöhe, die dennoch kaum genug erbringen, um alle vom Staat übernommenen Aufgaben decken zu können: schon das macht deutlich, worum es inzwischen geht. Doch damit nicht genug. Die sich allenthalben abzeichnenden Umwälzungen der Lebens- und Arbeitswelt sind dabei, dem bisher Gewohnten den Boden zu entziehen. Sie verlangen ganz andere Einstellungen und Einrichtungen als das, was wir bis heute praktizieren. Sie halten aber auch weltweit neue Chancen für die bereit, die künftig die Zeichen der Zeit verstehen und sich darauf einstellen. Es gibt rund um den Globus immer mehr davon.

Uns für diese neue Wirklichkeit tauglich zu machen und dafür zu sorgen, daß wir in ihr bestehen können, das steht jetzt zur Entscheidung an – auch bei dieser Bundestagswahl. Bei ihr werden wir die Parteien und Abgeordneten berufen, die aus dem ehemaligen Reichstag in Berlin von der politischen Seite her den Brückenschlag ins neue Jahrhundert vornehmen müssen. Ob wir – als Volk wie als einzelne – dieser Ära mit Selbstzweifeln und Angst entgegensehen oder mit Optimismus und Selbstvertrauen in sie hineingehen, hängt ganz ent-

scheidend davon ab, daß die Politik – und mit ihr das Ensemble aller gesellschaftlichen Kräfte – in den Jahren 1998 bis 2002 den Kurs richtig setzen.

Welcher Kurs den Parteien vorschwebt, haben sie in ihren Wahlprogrammen dargelegt. Es sind Zeugnisse, die nach Sprache und Aussagewert selten so eindeutig sind, wie sie sich gerne geben, und die von den tagtäglichen Eigeninterpretationen immer wieder in unterschiedliches Licht getaucht werden. Doch die Kernaussagen der Programme und ihrer Vertreter lassen sich filtern und an einem ordnungspolitischen Prüfraster messen.

Dies wird im folgenden getan. Auf den zentralen Gebieten Arbeit, Soziales und Steuern wird in der gebotenen Kürze die derzeitige Situation skizziert, das zur Lösung des Problemstaus ordnungspolitisch Erforderliche genannt und ihm die Programmatik der Parteien gegenübergestellt. Von Bedeutung für Deutschland wird sein, inwieweit sich die heutigen programmatischen Äußerungen der politischen Wettbewerber und ihr späteres Regierungshandeln zu einem schlüssigen, zielführenden Gesamtkonzept zusammenfügen. Denn nur dann ist die dringend gebotene Ursachentherapie möglich.

Für deren Erfolg wird allerdings entscheidend sein, ob und inwieweit die Politik es künftig versteht, sich selbst mehr zurückzunehmen als bisher und das Individuum wieder in seine Rechte und Pflichten einzusetzen – inwieweit sie also die immer weiter abgedrängte Subsidiarität mit der Solidarität wieder ins Gleichgewicht bringen kann. Der Staat hat die Aufgabe, den

gesetzlichen Rahmen so zu ziehen, daß der einzelne – und mit ihm die Gesellschaft – sich entfalten kann und daß andererseits niemand in Not allein gelassen wird. Das ist auf den hier besprochenen Gebieten seine zentrale politische Gestaltungsaufgabe. Eine Politik, die mehr verspricht und dazu weiter auf Verteilen setzt, kann nur scheitern.

Für die Subsysteme Arbeit, Soziales und Steuern gilt: Sie verhalten sich zueinander wie kommunizierende Röhren. Jedes Glas für sich genommen mag durch eine darauf gerichtete Politik für einen Sekundenbruchteil voller werden. Wird dadurch jedoch eines der anderen Gefäße leerer, so wird auch im ersten Glas der Inhalt sinken.

Was wir in Deutschland brauchen, ist eine abgestimmte Politik in allen drei Bereichen – eine ordnungspolitische Erneuerung, die den Pegelstand insgesamt wieder ansteigen läßt.

Arbeitsmarkt: Belebung durch wirtschaftliche Dynamik

Die Arbeitslosigkeit verharrt auch im Wahljahr auf hohem Niveau. Selbst bei weiterhin guter Konjunkturlage wird die Zahl der Erwerbslosen die Grenze von vier Millionen wohl kaum unterschreiten. Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, behinderte und ältere Arbeitnehmer. Schwerwiegend dabei ist die dau-

Deutschland vor der Wahl:
Aus den Programmen der Parteien

Die beschäftigungspolitischen Konzepte der Parteien

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	PDS
Grundstrategie	Belebung der Wachstumskräfte durch verbesserte Angebotsbedingungen, insbesondere Steuerreform	Belebung der Wachstumskräfte durch eine Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik, insbesondere Steuerreform und „Bündnis für Arbeit“	Wachstum durch ökologischen Strukturwandel	Belebung der Wachstumskräfte durch verbesserte Angebotsbedingungen, insbesondere Steuerreform	Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, insbesondere durch Arbeitszeitverkürzung
Flexibilisierung	Aufforderung der Tarifparteien, den Flächentarifvertrag zu flexibilisieren	„Korrektur der Fehlentscheidungen“ bei Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz und Schlechtwettergeld Flexibilisierung des Flächentarifvertrages	Verbandsklagerecht der Gewerkschaften auf Einhaltung des Flächentarifvertrages	Modernisierung des Arbeitsrechts Flächentarifvertrag nur noch als Rahmen für betriebliche Vereinbarungen	Keine Flexibilisierung Verbandsklagerecht der Gewerkschaften gegen Betriebsvereinbarungen politisches Streikrecht von Gewerkschaften
Arbeitszeit	Fortführung und Ausdehnung der Altersteilzeit, Teilfinanzierung durch die Bundesanstalt für Arbeit	Arbeitszeitverkürzung mit teilweiser Einkommenskompensation durch die Bundesanstalt für Arbeit	Größere Bandbreite der Arbeitszeiten, aber bei verkürzten Regelarbeitszeiten Arbeitszeitverkürzung mit teilweiser Einkommenskompensation durch die Bundesanstalt für Arbeit	Größere Bandbreite der Arbeitszeiten	Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
Neue Arbeitsformen	„Korrektur“ bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen	Bekämpfung der „Scheinselbständigkeit“ und des „Mißbrauchs“ bei den 620-DM-Jobs	Bekämpfung der „Scheinselbständigkeit“ Ausweitung der Sozialversicherungspflicht	Keine Einschränkung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse	Verbot von „Scheinselbständigkeit“ und geringfügiger Beschäftigung
Aktive Arbeitsmarktpolitik	Kombilohn	Mischung aus Kombilohn und Einarbeitungszuschüssen	Einarbeitungszuschüsse	Kombilohn/negative Einkommensteuer	Staatlich finanzierter zweiter Arbeitsmarkt

erhafte Verfestigung der Arbeitslosigkeit: Gut ein Drittel der Erwerbslosen ist seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung.

Wer die Arbeitslosigkeit bekämpfen will, kommt an einer grundlegenden Einsicht nicht vorbei: Nachfrage nach Arbeitskräften entsteht nur dann, wenn die Arbeitskraft dem Unternehmen mindestens soviel einbringt, wie sie kostet. In der Marktwirtschaft gilt für alle Beteiligten: Wird im Einzelfall weniger als erwartet verkauft, sollte man die Preise überprüfen, wird weniger Arbeit nachgefragt, einen sorgfältigen Blick auf die Löhne werfen. Sicherlich gibt es Beschränkungen der Handlungs- und

Wirkungsräume für die Lohnpolitik. Dazu gehören Elemente unserer Sozialsysteme, die so gewollt sind, obwohl sie einer hohen Beschäftigung im Wege stehen. Das entläßt die Tarifparteien aber nicht aus ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung.

Hohe Arbeitslosigkeit baut sich am verlässlichsten in einer Periode kräftigen und langanhaltenden **Wachstums** ab. Die Lohnpolitik leistet ihren Beitrag dazu, indem sie die Löhne nicht an der Produktivität der besonders produktiven Arbeitsplätze, sondern an der – geringeren – Produktivität derjenigen Arbeitsplätze orientiert, die für

eine Erhöhung des Beschäftigungsstandes auch gebraucht werden. Der Staat leistet seinen Beitrag, indem er die Bedingungen für rentable Produktion in der Volkswirtschaft verbessert und damit den Spielraum für lohnende Beschäftigung erweitert. Dazu gehören die Reform des Steuersystems, mit dem Ziel, das Wagnis des Investierens steuerlich weniger zu treffen, dazu gehört ebenso der Abbau unnötiger Regulierungen, die Stimulierung innovativer Tätigkeit und Hilfe bei der Qualifizierung und Umqualifizierung von Problemgruppen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des scharfen internationalen Wettbewerbs

Deutschland vor der Wahl:
Aus den Programmen der Parteien

müssen die Unternehmen in die Lage versetzt werden, in so vielfältiger Weise wie irgend möglich ihre Chancen zu nutzen. Das macht den Rang des Themas **Flexibilität** aus. Dazu gehören beispielsweise eine weitere Lockerung des Kündigungsschutzes, eine über die Beschränkung der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hinausgehende Entlastung der Unternehmen von Sozialaufgaben und die Auflockerung des sogenannten Günstigkeitsprinzips, das den Arbeitnehmern die Möglichkeit verwehrt, ihren Arbeitsplatz durch geringere Löhne zu sichern.

Mehr Flexibilität muß sich auch in Form betriebsindividueller **Arbeitszeiten** durchsetzen. Für die Leistungskraft der Unternehmen ist eine möglichst große Dispositionsfreiheit beim Einsatz der Arbeitnehmer von entscheidender Bedeutung. Auch für den Arbeitnehmer ist es von Vorteil, über seine Arbeitszeit freier bestimmen zu können. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten daher das Recht haben, den Umfang und die Verteilung der individuellen Arbeitszeit frei zu vereinbaren. Gegen eine frei vereinbarte Arbeitszeitverkürzung ist dann nichts einzuwenden, wenn die Beteiligten die Kosten hierfür in Form geringerer Einkünfte und verminderter Sozialversicherungsansprüche selber tragen. Versucht man, die Arbeitnehmer für ihren aus dem Arbeitsverzicht resultierenden Einkommensrückgang aus öffentlichen Kassen zu kompensieren, muß man zwangsläufig andere Arbeitsplätze mit höheren Kosten belasten. Selbst wenn man davon absieht, daß eine Umverteilung von Arbeit schon wegen der ganz unterschiedlichen Qualifikationsprofile nicht zum Ziel führt, ist Arbeitszeitverkürzung mit finanzieller Kompensation kontraproduktiv für die Beschäftigung.

Mit dem fundamentalen wirtschaftlichen Wandel im Zuge der Globalisierung ist auch der Arbeitsmarkt im Umbruch. Die sogenannten **neuen Arbeitsformen** wie Selbstständigkeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind auf dem Vormarsch. Sie bieten die Chance, selbst bei der weitgehenden Regulierung und Inflexibilität auf

dem regulären Arbeitsmarkt zu mehr Beschäftigung zu kommen. Es ist illusorisch zu glauben, diese Jobs könnten durch gesetzliche Eingriffe in reguläre Beschäftigung umgewandelt werden. Die hohen Belastungen durch Sozialabgaben und Steuern würden die Beschäftigungsmöglichkeiten vernichten oder die Menschen in die Schwarzarbeit treiben.

Der unzureichenden Produktivität von Arbeitsuchenden versucht der Staat mit Instrumenten der **Arbeitsmarktpolitik** beizukommen. So gewährt er beispielsweise Einarbeitungszuschüsse. Bei wirklichen Problemfällen, in denen schwervermittelbaren Arbeitslosen geholfen werden soll, gilt das als unvermeidbar. Aber ordnungspolitisch ist Vorsicht geboten. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, lohnpolitische Fehlentwicklungen zu Lasten des Steuerzahlers zu korrigieren. Außerdem kann es zu Wettbewerbsverzerrungen kommen. Ordnungspolitisch aber noch problematischer und kontraproduktiver wäre es, wenn Lohnsubventionen – wie etwa der Kombilohn – dauerhaft und flächendeckend eingeführt würden.

Eine ordnungspolitisch konforme Politik für mehr Beschäftigung muß die Weichen in die richtige Richtung stellen: Mehr Wachstum durch eine Stärkung der Angebotsbedingungen, höhere Beschäftigungsdichte durch Flexibilisierung, keine staatlich subventionierte Arbeitszeitverkürzung und keine Einschränkung der sogenannten neuen Beschäftigungsformen sowie eine Arbeitsmarktpolitik, die sich auf Problemgruppen und ihre Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt konzentriert.

Ein Bündnis für Arbeit ist bei alledem kein Allheilmittel. Als Instrument der Restaurierung, das die Verantwortlichkeiten verschleiern würde, wäre es schädlich. Zielführend könnte es nur sein, wenn es auf die Herstellung des Konsenses in der oben skizzierten Gesamtstrategie und damit tatsächlich auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Landes gerichtet ist.

Steuerreform: Mehr Wachstum erfordert Entlastung

Eine Reform des inzwischen unübersehbaren Schaden anrichtenden deutschen Steuersystems ist dringend geboten. Dies gilt namentlich für die Einkommensbesteuerung. Sie ist in hohem Maße intransparent, überkompliziert und verfehlt die horizontale wie vertikale Steuergerechtigkeit. Angesichts einer Vielzahl steuerlicher Vergünstigungen und einer noch größeren Zahl an Sonderregelungen werden weder gleiche Einkommen bei allen Bürgern gleich besteuert, noch wird bei der Verteilung der Steuerlast auch nur einigermaßen konsequent dem Prinzip der Leistungsfähigkeit Rechnung getragen. Neben diesen verteilungspolitischen Defiziten schädigt vor allem die aus vielfältigen Ausnahmeregelungen resultierende Fehlsteuerung von Ressourcen in unproduktive oder weniger produktive Verwendungen die gesamte Volkswirtschaft.

Eine Steuerreform muß in erster Linie darauf abzielen, die Steuersätze und die Belastung für alle deutlich zu senken und die über Jahrzehnte gewachsenen Steuervergünstigungen aufzuheben. Die konkrete Ausgestaltung der Reform muß darauf gerichtet sein, Wachstum und Beschäftigung deutlich zu erhöhen durch eine spürbare Nettoentlastung, durch die Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, also für das Investieren, und durch eine leistungsfreundliche, transparente und gerechte Gestaltung des Steuersystems.

Die im heutigen Steuerrecht vorhandenen Vergünstigungen – wie Abschreibungsmöglichkeiten, Pensionsrückstellungen oder subventionsähnliche Befreiungstatbestände – sind vielfach nichts anderes als vom Gesetzgeber bewußt gewollte Investitionsanreize. Ihre Beseitigung macht nur dann Sinn, wenn die Steuersätze derart gesenkt wer-

**Deutschland vor der Wahl:
Aus den Programmen der Parteien**

den, daß es zu einer steuerlichen **Nettoentlastung** auch von Investitionen kommt. Die Vorstellung, jede steuerliche Entlastung müßte durch andere Maßnahmen „gegenfinanziert“ werden, gefährdet die Erreichung dieses Ziels. Überdies muß eine Nettoentlastung nicht zu einer dauerhaften Senkung des Steueraufkommens führen. Mehr Wachstum und höhere Beschäftigung führen erfahrungsgemäß dazu, daß sich die Nettoentlastung in den Folgejahren zu einem Gutteil durch größere Steuereinnahmen selbst finanziert.

Um leistungsfreundlicher zu besteuern, müssen im **Steuertarif** die Spitzensteuersätze so reduziert werden, daß die Grenzsteuerlast auf Einkommen aus Arbeitsleistung und Erwerbstätigkeit drastisch sinkt. Das setzt Anreize, vorhandene Erwerbsmöglichkeiten auszuweiten, neue Erwerbschancen zu suchen und aus der Schattenwirtschaft zurückzukehren. Zudem würde es den Gewerkschaften lohnpolitische Zurückhaltung erleichtern. Um transparenter zu besteuern, sollte der Steuertarif durch Beschränkung auf wenige Steuersätze durchgreifend vereinfacht werden. Zudem sollten die Höchststeuersätze einheitlich auf gewerbliche und nichtgewerbliche Einkünfte angewandt werden. Es macht beispielsweise wenig Sinn, Selbständige durch das Steuersystem in eine andere Rechtsform zu drängen.

Nur ein rigoroser Abbau von Steuervergünstigungen verbreitert die **Bemessungsgrundlage** so, daß niedrige Steuersätze möglich sind. Das dient sowohl der horizontalen Steuergerechtigkeit – „Gleiches Einkommen wird gleich besteuert“ – als auch der vertikalen Steuergerechtigkeit – „Höheres Einkommen wird höher besteuert“. Beides fördert die Akzeptanz der Besteuerung bei den Bürgern. Der aus grundsätzlichen und praktischen Gründen höchst bedenklichen Idee einer Mindeststeuer wäre bei einer weitreichenden Bereinigung von Ausnahmetatbeständen ihre Begründung entzogen. Verbleibende Ausnahmen steigern die Begehrlichkeit anderer, wählerwirksamer Gruppierungen nach Vergünstigungen und

werden erneute Verkrustungen und Verwässerungen des Steuersystems zur Folge haben.

Erheblicher Handlungsbedarf besteht auch bei der **Besteuerung von Zinseinkünften**. Kapital ist scheu wie ein Reh. Der Finanzminister hat mit der auf die Quellensteuer zurückzuführenden Verlagerung von Geldkapital aus Deutschland ins benachbarte Ausland schmerzhaft Erfahrungen gemacht. Mit der Herausnahme der Zinseinkünfte aus der Einkommensteuer und der Einführung einer Abgeltungssteuer in moderater Höhe könnte das Problem gelöst werden. Auch sonst macht solche Form der Besteuerung durchaus Sinn. Sie würde die effizienzmindere Doppelbesteuerung der Ersparnis mildern. Gegenwärtig ist sowohl ein gesparter Einkommensbetrag zu versteuern wie ein daraus gewonnener Zinsertrag. Zur Gänze intertemporal neutral wäre allerdings erst eine Besteuerung, bei der Einkommen, das sofort konsumiert wird, und Einkommen, welches zunächst gespart und investiert wird, steuerlich gleichbehandelt werden.

Für die **Vermögensteuer** gibt es klare, vom Verfassungsgericht gesetzte Grenzen. Danach darf nicht mehr in die Substanz eingegriffen werden. Es muß vielmehr möglich sein, die Steuern aus den Erträgen zu zahlen. Dabei ist außerdem der Grundsatz der hälftigen Teilung der Erträge unter Berücksichtigung aller Steuern zu beachten. Nimmt man die Freistellung des Gebrauchsvermögens und der Altersvorsorge mit ins Bild, so verbleibt nur ein schmaler Bereich, in dem überhaupt noch eine Vermögensteuer erhoben werden kann. Eine solche Vermögensteuer ist nicht mehr begründbar, zumal sie wenig ergiebig ist, einen hohen Verwaltungsaufwand verursacht und in den neuen Bundesländern erst eingeführt werden müßte.

Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten kann eine **Ökosteuer**, wenn sie richtig ausgestaltet ist, ein durchaus sinnvolles Instrument sein. Im nationalen Alleingang gibt es für eine ökologische Steuerreform allerdings nur wenig Spielraum. Ein Ansatz-

punkt für einen vorsichtigen Einstieg könnte der Energieverbrauch der privaten Haushalte sein, weil es dadurch nicht zu einer Verlagerung der Produktion in andere Länder kommt, in denen geringere Umweltauforderungen gestellt werden. Sie sollte zudem nur unter der Bedingung eingeführt werden, daß andere Steuern gesenkt werden. Fatal wäre es, wenn die Einnahmen aus Ökosteuern zur Reduzierung von Sozialabgaben und nicht zur Senkung der beschäftigungspolitisch viel schädlicheren Einkommensteuer verwandt würden.

Es ist vielen Menschen nur schwer klarzumachen, warum eine vor allem auf die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zielende Steuerreform in erster Linie bei den steuerlichen Bedingungen fürs Investieren anzusetzen hat und nicht bei den Steuern und Abgaben auf Arbeitseinkommen. Den meisten leuchtet allerdings ein, daß die Arbeitskosten in Deutschland gesenkt werden müssen. Und das trifft ja auch zu. Doch dafür sind zuallererst diejenigen zuständig, die über den Preis der Arbeit bestimmen. Was diese hingegen nicht leisten können, das ist die Senkung der Kosten, mit denen der Staat durch seine Steuern die Schaffung von Arbeitsplätzen belastet – und das noch stärker als andere Länder, mit denen wir im Wettbewerb stehen. Denn trotz aller Steuervergünstigungen und der sonstigen direkten Förderung für Investitionen ist die steuerliche Regelbelastung, die auf dem Investieren – das heißt auf der Schaffung von Arbeitsplätzen – liegt, nach wie vor zu groß.

Am schädlichsten für Deutschland aber wäre es, den steuerzahlenden Bürgern und Unternehmen in der kommenden Legislaturperiode durch die Einführung neuer oder die Erhöhung bereits bestehender Steuern noch mehr Belastungen aufzubürden als bisher, um damit weitere staatliche Leistungen finanzieren zu können. Damit würde gerade die Fehlentwicklung verewigt, die unser Land in seine problematische Lage gebracht hat.

Deutschland vor der Wahl:
 Aus den Programmen der Parteien

Die steuerpolitischen Vorstellungen der Parteien: Grundstrategien, ...

CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	PDS
Mehr Arbeitsplätze durch niedrige Steuersätze Beseitigung von Ausnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts sowie Entlastung von Bürgern und Unternehmen	Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen und Erhöhung der Kaufkraft der unteren und mittleren Einkommen, besonders der Familien Eine Nettoentlastung wird als nicht finanzierbar angesehen. Einführung einer Mindestbesteuerung zur Herstellung von Steuergerechtigkeit.	Kombination von Angebots-, Nachfrage- und Verteilungspolitik Radikaler Abbau von Steuerbegünstigungen, Erhöhung des Grundfreibetrages, Vereinfachung auf zwei Steuerklassen (Abschaffung Ehegattensplittung), einheitliches Kindergeld statt Kinderfreibetrag Im Gegenzug aufkommensneutrale Senkung der Steuersätze	Steuerreform als Schlüsselprojekt für mehr Investitionen und Arbeitsplätze durch Abbau von Ungerechtigkeiten und Senkung leistungsfeindlicher Steuersätze Ergebnis muß eine deutliche Entlastung von Bürgern und Wirtschaft sein	Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch einmalige Vermögensabgabe für Versicherungsgesellschaften und Kreditinstitute, Vermögensabgabe auf größere Privatvermögen, Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug sowie eine Luxussteuer als dritten Mehrwertsteuersatz

...Steuerkonzepte bei Einkommen- und Körperschaftsteuer ...

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	PDS
Nettoentlastung	30 Mrd.	aufkommensneutral	aufkommensneutral	30 Mrd.	
Steuertarif Haushalte	linear-progressiver Tarif	linear-progressiver Tarif	linear-progressiver Tarif	Stufentarif mit Sätzen 15/25/35 %	linear-progressiver Tarif
Eingangssteuersatz/ Spitzensteuersatz	15/39 %	zunächst 21,9/49 % langfristig: 15/43 %	18,5/45 %		20/53 %
Unternehmen einbehaltene/ ausgeschüttete Gewinne	35/25 %	einheitlich 35 %, Rechtsformneutralität durch Wahlrecht der Personengesellschaften	einheitlich 35 % für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne	35/25 %	
Bemessungsgrundlage	Verbreiterung, Ausnahmen bei einigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen	Verbreiterung, Ausnahmen insbesondere bei Arbeitseinkommen wie Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit	radikale Verbreiterung	radikale Verbreiterung	

...und bei anderen Steuern

Zinsbesteuerung	Senkung von 30 % auf 25 %	unverändert	einheitliche Quellensteuer von 35 %	Abgeltungsteuer von 25 %	
Vermögensteuer	keine	1 % für Privatvermögen ab 1 Mio. DM	1% für Privatvermögen ab 400.000 DM, 1% für Betriebsvermögen; zusätzlich ein auf 15 Jahre befristeter Zuschlag bis 2,5 % ab 2 Mio. DM Vermögen		2 % auf größere Privatvermögen über 10 Jahre, 3% bei einem Netto-Gesamtvermögen von über 2 Mio. DM
Ökosteuer	Wettbewerbsneutrale, europäische Regelung	Einführung mit mäßigen Sätzen bei langen Anpassungszeiträumen, soll helfen, Lohnnebenkosten zu senken	Umfangreiches Ökosteuerprogramm in einer Größenordnung von 100 Mrd. pro Jahr	Europaweite Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes auf Energie	Nicht näher spezifizierte ökologische Steuerreform

**Deutschland vor der Wahl:
Aus den Programmen der Parteien****Soziale Sicherungssysteme:
Sicherheit nur durch
konsequente Reformen**

Soziale Sicherungssysteme müssen vor allem sicher sein. Im Leitbild der sozialen Marktwirtschaft ergänzen und unterstützen die ökonomische und soziale Sphäre sich gegenseitig. Doch politisch motivierte Geschenke und Ordnungsfehler haben daraus ein Zerrbild werden lassen: Heute zeichnen sich die sozialen Sicherungssysteme durch immer weiter steigende Beitragslasten aus und können die versprochene Sicherheit dennoch nicht mehr garantieren.

Die größte Bedrohung für die soziale Sicherung und gleichzeitig für die Beschäftigung ergibt sich aus der Abhängigkeit von der demographischen Entwicklung und aus den negativen Rückwirkungen hoher Sozialabgaben auf den Arbeitsmarkt. Höhere Beitragssätze führen zu mehr Arbeitslosigkeit und höhere Arbeitslosigkeit letztlich zur Erhöhung der Beitragssätze.

Die Politik hat auf diese bedrohliche Spirale bislang meist nur halbherzig reagiert und versucht, die Symptome mit administrativen Maßnahmen zu unterdrücken. Jetzt ist es mit Detailreparaturen nicht mehr getan. **Grundstrategie** der Politik in der nächsten Legislaturperiode muß die Beseitigung der Mechanismen sein, die unsere Systeme der sozialen Sicherung in die Selbstzerstörung treiben. Soziale Sicherung muß wieder als Teil der marktwirtschaftlich verfaßten Gesamtordnung begriffen und als stützendes Element in diese Ordnung integriert werden. Dabei geht es nicht mehr allein um das Sozialsystem. Jede darauf bezogene Reform entscheidet zugleich in hohem Maße über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und über die Chance, wieder Arbeitsplätze zu schaffen.

Konkretes Reformziel für die auf dem Umlageverfahren basierenden Sozialsysteme muß es sein, die Summe der Beitragssätze effek-

tiv zu verringern und das zu jeder Versicherung gehörende Äquivalenzprinzip zu stärken. Das Anzapfen neuer Finanzquellen durch Steuerfinanzierung, Ausdehnung der Beitragsbemessungsgrenzen oder Erweiterung des Versichertenkreises – also die sogenannten Umfinanzierung – bringt nichts, und schon gar nicht eine echte Entlastung. Es verwässert lediglich den Versicherungsgedanken und erhöht damit die Anreize zu noch stärkerer Ausbeutung der Versicherungen.

Die deutsche **Rentenversicherung** steht unter Druck, weil der demographische Wandel – ausgelöst durch steigende Lebenserwartung einerseits und sinkende Geburtenzahlen andererseits – das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern laufend verschlechtert. Dies bedeutet im Umlageverfahren zwingend, daß entweder die Beiträge drastisch steigen müssen, um ein gegebenes Rentenniveau zu finanzieren, oder daß für konstante Beitragslasten das Rentenniveau sinken und/oder die Lebensarbeitszeit steigen muß.

Angesichts der bevorstehenden weiteren Verschlechterung der demographischen Situation käme es zu einer Belastungsprobe zwischen den Generationen, wenn unveränderte Rentenleistungen durch immer höhere Beitragssätze der dann Erwerbstätigen finanziert werden müßten. Fairneß gegenüber den künftigen Generationen gebietet es, das Rentenniveau so abzusenken, daß die Beitragslasten nicht oder nur geringfügig steigen. Das Rentenreformgesetz 1999 hat mit der langfristigen Absenkung des Nettorentenniveaus auf 64 Prozent einen ersten Schritt in diese Richtung getan. Er wird aber aller Wahrscheinlichkeit nicht ausreichen. In dem Maße, in dem sich die demographische Schere öffnet, wird es unvermeidlich sein, das Rentenniveau weiter abzusenken.

Bislang zielt die Rentenversicherung – der Idee nach – immer noch auf die Sicherung des einmal erworbenen Lebensstandards. Künftig wird sie nur noch eine Mindestsicherung andienen können. Ehrlichkeit ge-

bietet der Politik, dies deutlich zu machen und zum Zwecke einer fairen Lastenverteilung zwischen der Rentner- und der Erwerbstätigengeneration das Rentenniveau schneller zurückzufahren, als bislang vorgesehen. Auf diese Weise kann dann über verringerte Beitragslasten Raum für den Aufbau einer privaten Vorsorge geschaffen werden.

Es führt kein Weg daran vorbei: bei der Alterssicherung sind private Kapital- und Versicherungslösungen längerfristig sinnvoll und unausweichlich. Die Vorteile gegenüber umlagefinanzierten Systemen lassen sich vor allem für die junge Generation in Mark und Pfennig ausdrücken. Zudem gilt es, die aus Kostengründen erodierte betriebliche Altersversorgung wieder zu stärken. Dazu sollten die Unterstützungskassen und Pensionskassen weiterentwickelt und zu wettbewerbsfähigen Pensionsmodellen und Pensionsfonds ausgebaut werden.

Die gesetzliche **Krankenversicherung** ist wie eine verkehrte Welt organisiert: Staatliche Organe bestimmen, welche Leistungen dem Versicherten zum Nulltarif von seiner Krankenkasse bezahlt werden. Die Nachfrager von Leistungen sind mit den unmittelbaren Zahlern der Leistungen – den Krankenkassen – nicht identisch. Und die Anbieter von Leistungen, die Ärzte und Krankenhäuser, bestimmen im wesentlichen Art und Menge der zu verabreichenden Leistungen, ohne daß ein Anreiz zu kostenbewußtem Umgang mit den Kassenbeiträgen bestünde. Aufgrund dieser Systemmängel sind alle Beteiligten – die Anbieter wie die Nachfrager – auf vielfache Weise fehlmotiviert. Zudem erhebt die gesetzliche Krankenversicherung für die unterschiedlichsten Risiken und Leistungsansprüche einen einheitlichen, am Bruttolohn orientierten Beitragssatz. Sie ist damit weniger ein Instrument der Risikoabsicherung als ein heimlicher Fiskus, der zwischen verschiedenen Personengruppen und ohne rational erkennbare Gründe umverteilt. Das alles hat vor allem eine Folge: das Angebot von und die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen vermehren sich weitgehend ohne Rücksicht auf die Kosten.

Deutschland vor der Wahl:
 Aus den Programmen der Parteien

Die sozialpolitischen Konzepte der Parteien

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	PDS
Grundstrategie	<p>Subsidiarität und Solidarität als tragende Säulen des Sozialstaats</p> <p>Verstärkte private Vorsorge, mehr Sparsamkeit und Effizienz</p> <p>Senkung der Sozialabgaben</p>	<p>Moderne Gesellschaft braucht einen funktionsfähigen Sozialstaat, Ermutigung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative</p> <p>Zahl von Beitragszahlern und Leistungsempfängern muß wieder ins Lot gebracht werden</p> <p>Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben durch Steuern</p> <p>Senkung der Sozialabgaben</p>	<p>Stärkere Orientierung am Bedarf</p> <p>Einbeziehung aller in die Solidarsysteme</p> <p>Beitragsenkung durch Mittel aus der ökologischen Steuerreform</p> <p>Arbeitgeberanteile in Abhängigkeit von der Wertschöpfung erheben</p>	<p>“Marktwirtschaft mit besten sozialen Ergebnissen, statt einer Staatswirtschaft mit besten sozialen Absichten”</p> <p>Umfassende Struktur-reformen statt Steuerzuschüsse für unreformierte Systeme</p>	<p>Reformen der letzten Jahre zerstören die soziale Sicherheit</p> <p>Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sollen als Wertschöpfungs-abgabe erhoben werden</p> <p>Ausdehnung der Beitrags-bemessungsgrenzen</p> <p>Ausdehnung der Versi-cherungspflicht auf alle</p> <p>Erhöhung des Bundeszu-sschusses</p>
Renten-versicherung	<p>Verwirklichung des Rentenreformgesetzes 1999 (Einführung eines demographischen Faktors zur Beitragsstabilisierung)</p> <p>Neuregelung der Hinterbliebenenrente mit stärkerer Berücksichtigung von deren eigenen Erwerbsmöglichkeiten</p>	<p>“Korrektur” (Rücknahme) des Rentenreformgesetzes, es bleibt bei der beitrags- und leistungs-bezogenen Rente</p> <p>Stärkere Finanzierung durch Steuern, Erweiterung des Versichertenkreises, Verlängerung der Lebensarbeitszeit</p> <p>Einrichtung eines Vorsorgefonds, um die Beitragsentwicklung zu glätten</p> <p>Mehr private und betriebliche Altersvorsorge</p>	<p>Erhöhung des staatlichen Finanzierungsanteils in der Rentenversicherung durch ökologische Steuerreform</p> <p>Beibehaltung des demographischen Faktors, stärkere Berücksichtigung ungleichmäßiger Berufswege</p> <p>Nivellierung der Renten durch Senkung der hohen und Anhebung der unteren Bezugsleistungen</p>	<p>Schrittweiser Übergang zu einer Mischform aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Alterssicherung</p> <p>Transparenz des aus Steuermitteln bezahlten Bundeszuschusses durch direkte Kopplung</p> <p>Einrichtung von Pensionsfonds in der betrieblichen Altersvorsorge</p> <p>Eigenständige Alterssicherung für Frauen.</p>	<p>Rentenreformgesetz rückgängig machen</p> <p>Anhebung der Leistungen für Frauen.</p>
Kranken-versicherung	<p>Mehr Sparsamkeit und Effizienz durch Ausdehnung der Zuzahlung und Eigenbeteiligung</p> <p>Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen</p> <p>Vertragsfreiheit zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern</p> <p>Höhere Wahlmöglichkeiten für die Versicherten</p>	<p>Einsparungen und Beitragsstabilisierung durch Globalbudgets</p> <p>Erarbeitung eines “medizinisch notwendigen” Leistungskataloges für die Krankenkassen</p> <p>Erarbeitung einer Positivliste für alle medizinisch fragwürdigen Leistungen und Arzneimittel</p>	<p>“Gesundheit als Zustand physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens”</p> <p>Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen</p> <p>Ausdehnung der Versicherung auf Beamte und Selbständige</p>	<p>Stärkung von Eigenverantwortung statt Rundumversorgung</p> <p>Wettbewerb im Gesundheitsmarkt</p> <p>Mehr Wahlmöglichkeiten für die Versicherten</p>	<p>Ablehnung von Selbstbeteiligung und Zuzahlung</p> <p>Mitbestimmungsrecht der Versicherten in den Selbstverwaltungen der Krankenkassen</p>

Nur marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente können auf effiziente Weise wieder das ins Gleichgewicht bringen, was zusammengehört: die auf Gesundheitsleistung-

gerichteten Wünsche der Versicherten und die Kosten der Bereitstellung solcher Leistungen durch Ärzte und Krankenhäuser, durch Apotheken und die Hersteller

pharmazeutischer Produkte. Mit der Einführung von Wettbewerb unter den Krankenkassen im Jahre 1997 sind erste Schritte in diese Richtung getan. Zudem

**Deutschland vor der Wahl:
Aus den Programmen der Parteien**

können die Versicherten beispielsweise zwischen Sachleistung und Kostenerstattung wählen. Außerdem haben sie das Recht, im Falle von Beitragserhöhungen die Krankenkasse sofort zu wechseln. Den Krankenkassen wurde die Möglichkeit eingeräumt, bestehende Zuzahlungen zu erhöhen, im Rahmen der Kostenerstattung Selbstbehalte mit entsprechender Beitragsermäßigung anzubieten und im Falle der Nichtinanspruchnahme Beitragsrückzahlungen zu gewähren.

Aller Erfahrung nach werden diese Maßnahmen allerdings nicht ausreichen, die Beitragslasten dauerhaft zu begrenzen. Zudem werden sich auch im Gesundheitswesen die demographischen Veränderungen demnächst niederschlagen. Knappe Ressourcen zwingen auch hier zur Rationierung. Die Politiker der nächsten Legislaturperiode stehen damit auch in diesem Bereich vor einer eindeutigen Richtungsentscheidung: Bleibt es bei der wohlfahrtsstaatlichen Vorstellung, das Leben sei eine Krankheit und demzufolge von der Krankenversicherung zu zahlen, sind weitere staatliche Anweisungen, administrative Eingriffe, Budgetierungen und Kollektivvereinbarungen unumgänglich. Wer dagegen den mündigen Bürger ernst nimmt, wird mit Hilfe marktwirtschaftlicher Instrumente dafür sorgen, daß die Ressourcen effizienter eingesetzt und die medizinischen Leistungen an die Versicherten möglichst zielgenau, bedarfsgerecht und kostengünstig erbracht werden. Dazu wird er die heute umfassende Versicherungspflicht durch eine Mindestversicherungspflicht ersetzen, bei der die Beiträge risikogestaffelt und unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis wie vom Einkommen festgesetzt werden.

Generell ist festzuhalten: Soziale Gerechtigkeit und Solidarität lassen sich künftig noch weniger als in der Vergangenheit durch einen allzuständigen, umverteilenden Versorgungsstaat herbeiführen. Sozialpolitik aus solchem Verständnis wird den vielbeschworenen sozialen Ausgleich nicht fördern, sondern ihn letztendlich vereiteln. Geschaffen werden kann er nur durch eine subsidiär ge-

gliederte Sozialpolitik – vor allem zugunsten derer, die sich selbst nachweislich nicht helfen können. Ludwig Erhards Erkenntnis ist zur Jahrhundertwende wegweisender denn je: Die sozialpolitische Aufgabe besteht nicht in der Division – dem möglichst unangreifbaren Verteilen – des Sozialprodukts, sondern in seiner Multiplikation. Zu dieser Mehrung des Wohlstandes aller kann Sozialpolitik wesentliche Voraussetzungen schaffen. Sie kann diese aber auch durch die Verweigerung notwendiger Reformen gründlich zerstören.

Zeit der Entscheidungen

Um aus seinen tiefsitzenden Problemen herauszukommen und in der Welt des neuen Jahrhunderts bestehen zu können, braucht Deutschland ein Reformwerk von historischem Ausmaß, das letztlich alles und jeden erfaßt und nicht in einem Schritt erledigt werden kann. Entscheidend ist jedoch, daß in der demnächst beginnenden Legislaturperiode konsequent damit begonnen und der richtige Weg eingeschlagen wird. Die Zukunft kann nicht mehr in der Fortschreibung der Vergangenheit bestehen.

Verantwortungsbewußte Politik wird deshalb daran zu messen sein, ob sie diese Einsicht besitzt und den Mut aufbringt, den zukunftslosen, an sich selbst zugrunde gehenden Betreuungs- und Besteuerungsstaat grundsätzlich in Frage zu stellen, die durch Verdrängung von Markt, Wettbewerb, von persönlicher Entscheidungsfreiheit und Risikobereitschaft entstandenen materiellen und immateriellen Schäden zu benennen und das Land einer Runderneuerung zu unterziehen.

Den Weg dahin weist eine kluge Ordnungspolitik, bei der alle Teile des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Räderwerks sinnvoll ineinandergreifen und das ganze voranbringen. Das Modell dafür heißt Soziale Marktwirtschaft. Mit ihrer Wiederbelebung muß in der nächsten Legislaturperiode ernsthaft und konsequent begonnen werden.

Die Reihe „Argumente zu Marktwirtschaft und Politik“ greift aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen auf. Sie erscheint in loser Folge.

Diese Ausgabe wurde ermöglicht durch freundliche Unterstützung des Stiftungsfonds IBM Deutschland im Stifternverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Impressum

Herausgeber
Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik
Kisseleffstraße 10
61348 Bad Homburg

Tel. 06172 - 664 70
Fax 06172 - 222 92
e-mail Frankfurter.Institut@t-online.de
Internet <http://www.Frankfurter-Institut.de>

Vorstand
Gert Dahlmanns

Vorsitzender des Stiftungsrates
Klaus Schweickart

Wissenschaftlicher Beirat
Kronberger Kreis